



Schwerpunktthema:
Die Wahlen
in Bremen und
Schleswig-Holstein
14. 05. 2023

DAS MAGAZIN

Ausgabe 3 April 2023

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde der GRÜNEN ALTEN,

wir, der Vorstand des Bundesverbandes GRÜNE ALTE, grüßen Euch alle ganz herzlich und hoffen, dass Ihr gesund und munter seid, denn Ihr wisst sicher, Ihr werdet dringend gebraucht!

Das „neue“ Jahr schreitet sozusagen in Windeseile voran, der politische Alltag ist gefüllt mit Ereignissen, die unsere Welt vor viele neue Herausforderungen stellt.

Sicher finden viele von uns nicht ALLES, was unsere Spitzenpolitiker*innen jeden einzelnen Tag tun und sagen gut. ABER... im Großen und Ganzen können wir von Glück sagen, dass wir so hervorragende, mutige und widerstandsfähige GRÜNE Politikerinnen und Politiker in die Bundesregierung entsenden konnten, die ihre ganze Kraft in die Bewältigung dieser Herausforderungen stecken.

Das gilt auch für all die fabelhaften Politiker*innen, die in unseren Städten und Kommunen mit viel Engagement und Gestaltungswillen die aktuellen Herausforderungen meistern.

Hierfür ein ganz großes **DANKESCHÖN!**

In Kürze wird in Bremen und Schleswig-Holstein wieder einmal gewählt, im Herbst sind es Bayern und Hessen und dann kommt auch schon die Europawahl.

Auch hier gilt wieder, dass wir mehr ältere Menschen in die politischen Gremien entsenden möchten, aber vor allem, dass wir die ältere Generation in den Wahllokalen von unserer GRÜNEN Politik überzeugen wollen.

Für das neue Magazin hat unsere Redaktion den Schwerpunkt auf die Wahlen in Bremen und Schleswig-Holstein am 14. Mai 2023 gelegt.

Wir wünschen Euch viel Spaß und gute Erkenntnisse beim Lesen.

Mit bestem Gruß
Christa und Dirk

Sprecher*innen
für den gesamten Vorstand

Unser Schwerpunktthema: Landtagswahl in Bremen und Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 14. 05.2023

Inhalt des Magazins

Ageism – ein Plädoyer für den Umgang mit dem Begriff Alt	Seiten 4-5
Die GRÜNEN ALTEN in den Ländern – Bremen	Seite 6
Altersarmut betrifft viele!	Seiten 7-9
So können altersfreundliche Städte und Gemeinden aussehen	Seiten 10-13
Klimafreundliche Mobilität für Ältere	Seiten 14-17
Leben in der Stadt und auf dem Land	Seiten 18-19
Langzeitpflege – eine ungelöste Zukunftsaufgabe!?	Seiten 20-23

Der Vorstand gemeinsam ist zu erreichen unter: vorstand@gruenealte.de
Christa Markl-Vieto, Sprecherin und Vorsitzende: christa.markl-vieto@gruenealte.de
Dirk Schmidtman, Sprecher und Vorsitzender: dirk.schmidtman@gruenealte.de
Detlef Meyer zu Heringdorf, Schatzmeister: detlef.meyer.zu.heringdorf@gruenealte.de
Christa Möller-Metzger, Beisitzerin: christa.moeller@gruenealte.de
Anita Hoffmann, Beisitzerin: anita.hoffmann@gruenealte.de
Annelie Katt, Beisitzerin: annelie.katt@gruenealte.de

Impressum:

Herausgeber: (V.i.S.d.P) GRÜNE ALTE 2023
Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Geschäftsführender Vorstand:
Sprecher*innen Christa Markl-Vieto, Dirk Schmidtman
Schatzmeister: Detlef Meyer zu Heringdorf
Beisitzer*innen: Anita Hoffmann, Annelie Katt, Christa Möller-Metzger, Uwe Petersen

Redaktion des Magazins: Manfred Cuntz, Bernd Hanke, Andrea Jäger,
Detlef Meyer zu Heringdorf, Jürgen Mülders, Uwe Petersen, Frank Spade
Autor*innen: Malte Matzen, Christa Markl-Vieto, Christa Möller-Metzger,
Ilona Osterkamp-Weber, Dirk Schmidtman, Antonia Schwarz, Evelyn Thies,
Die Artikel geben die Meinungen der Autor*innen wieder
Layout und Satz: Andrea Jäger, Titelbild: Bernd Hanke

Ageism* – ein Plädoyer für einen offensiven Umgang mit dem Begriff „Alt“

Autorin: Christa Markl-Vieto, Sprecherin GRÜNE ALTE Bundesverband

Als ich das Wort Ageism (zu deutsch: Ageismus bzw. Altersdiskriminierung) das erste Mal hörte, konnte ich mir nichts Konkretes darunter vorstellen. Es war Claudia Mahler, die derzeit als unabhängige Expertin für die Menschenrechte älterer Menschen beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen tätig ist, die den Begriff in einen Workshop einbrachte, zu dem wir gemeinsam von den GRÜNEN im Rahmen des Vielfaltskongresses angefragt wurden. Am Ende war auch ich überzeugt, wir brauchen neben vielen anderen Konventionen auch eine Altenkonvention.

Claudia Mahler hat in ihrer Funktion nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt im Blick. Und es sieht laut dem Globalen Bericht der WHO (Weltgesundheitsorganisation) über Ageismus so aus, dass „die Hälfte der Weltbevölkerung gegenüber älteren Menschen altersfeindlich eingestellt ist“. An anderer Stelle wird ausgeführt, dass „der Kontakt zwischen den Generationen ein Schlüsselfaktor für die Verringerung der Wahrscheinlichkeit von Ageismus und der Wahrscheinlichkeit von selbstgesteuertem Ageismus ist.“ Die Beschäftigung mit dem Bericht der unabhängigen Expertin für den Genuss aller Menschenrechte durch ältere Menschen (Claudia Mahler vom August 2021) kann ich wärmstens empfehlen.

Auch in „heimischen“ Medien finden sich mittlerweile Artikel über Ageism, das Altern und die Situation älterer Menschen. „Alter ist zusätzlich noch eine Kategorie, die uns alle betrifft – entweder aktuell oder in Zukunft. Ageismus ist damit immer auch eine Art Kampfansage an das zukünftige Selbst“ stellt Frau Prof. Dr. Eva-Marie Kessler, Gerontopsychologin an der MSB Medical School Berlin, fest (Apothekenumschau, Dezember 2022). Eine kräftige Aussage, wie ich meine.

Und mich bestärkt es in der Sicht, dass es eine wichtige Botschaft ist, wenn wir unseren Namen GRÜNE ALTE behalten und nicht versuchen, schon im Namen die Tatsache zu akzeptieren, dass Altsein ein Makel ist. Niemand würde den Namen GRÜNE Jugend verunglimpfend oder unpassend finden. Jugend ist nichts, das versteckt oder umschrieben werden muss. Altsein auch nicht!

Und darum geht es. Das Ziel muss sein, nicht mehr zuzulassen, dass alt nur noch synonym mit diskriminierenden Begriffen in Verbindung gebracht wird, wie krank, schwach, pflegebedürftig. Der Alltag zeigt das Gegenteil. Es ist eine individuelle Frage, wann wir uns schwach und krank fühlen, sie hängt von vielem ab, aber sicher nicht allein vom Alter.

Lassen wir uns also nicht beirren, alt oder nicht ist vor allem ein wichtiges Kriterium für die Qualität von Käse und Wein. Das Alter setzt in einer altersgerechten Lebenssituation Positives frei, wie Erfahrung haben und weitergeben können, Gelassenheit im Umgang mit schwierigen

* Als Ageism (deutsch: Altersdiskriminierung) bezeichnet man die soziale und ökonomische Benachteiligung von Personen oder Gruppen aufgrund ihres Lebensalters. Der Begriff wird meist in Bezug auf die Diskriminierung älterer und alter Menschen verwendet (Quelle: Wikipedia).

Situationen, mehr Zeit als mit 40, Enkeln Zeit und Zuwendung geben, sich im Rahmen gesellschaftlich relevanter Herausforderungen um die kümmern, die es weniger gut getroffen haben, ehrenamtlich und in Teilzeit arbeiten, das Leben mit all seinen Möglichkeiten genießen!

Das alles sollten wir mit dem Begriff „Alte“ verbinden und trotzdem die nicht vergessen, die Hilfe im Alltag oder Pflege brauchen, wenn Erkrankungen uns auch die Grenzen der körperlichen und geistigen Möglichkeiten zeigen.

Werde Mitglied bei den GRÜNEN ALTEN



Nutze den nebenstehenden QR-Code, um deinen Beitritt zu den GRÜNEN ALTEN zu erklären oder geh dazu auf die Website: www.gruenalte.de

Dort findest du weitere lesenswerte Artikel und Veranstaltungshinweise. Wir freuen uns über jede Kritik, Anregung und Diskussion. Werde aktiv!



Vom Altenpolitischen Arbeitskreis der Bremer Bürgerschaftsfraktion zu den GRÜNEN ALTEN Bremen

Autor: Dirk Schmidtman, Sprecher GRÜNE ALTE Bundesverband

Als ich 2004 zum GRÜNEN Sozialpolitischen Sprecher der Bremischen Bürgerschaft gewählt wurde, übernahm ich als Abgeordneter unter anderem auch den GRÜNEN Altenpolitischen Arbeitskreis (Apak). Der Apak wurde 1992 von der Abgeordneten Karoline Linnert (Bürgermeisterin a. D.) gegründet mit dem Ziel, in einen direkten Austausch mit älteren GRÜNEN Menschen zu kommen, um sich über altenpolitische Anträge in der Bürgerschaft auszutauschen.



Sie wollte damit älteren GRÜNEN Mitgliedern ein Angebot zur Mitarbeit in der Partei machen. Die Gründung der Grauen Panter durch Trude Unruh war ein weiterer Anstoß für die Gründung des Apak.

Auf Betreiben der Mitglieder wurde 2013 der Apak in die Teilorganisation **GRÜNE ALTE Bremen** umgewandelt. Dieser Schachzug wurde maßgeblich durch Elfi Siegel und Bernd Gosau ermöglicht. Seit der Herbst-LMV 2013 sind die GA-Bremen in der Satzung des Bremer Grünen Landesverbandes fest verankert. Das ist bis

jetzt bundesweit einmalig. Die jährlichen zehn Sitzungen der GA sind immer ein sehr wertvoller Austausch von verschiedenen Sichtweisen und eine Quelle der Inspiration. Die GA tagen nicht nur statisch in der Landesgeschäftsstelle, sie sind auch immer wieder bei Projekten vor Ort anzutreffen. So war es die GA-Gruppe, die maßgeblich das Projekt „Aufsuchende Altenarbeit, Hausbesuch“ erfolgreich begleitete und immer wieder mit wichtigen Impulsen nachsteuert. GA-Mitglieder sind auch sehr zahlreich (quasi als Fraktion) in der Bremer Seniorenvertretung vertreten und nehmen auch dort Einfluss auf die Bremer Seniorenpolitik.

Mein Fazit ist, dass die GRÜNEN ALTEN in Bremen in über 30 Jahren seniorenpolitischer Arbeit zu einer festen Größe im Bremer Landesverband geworden sind. Mein ganz besonderer Dank geht dabei an Frau Janne Müller, Vorsitzende der GA Bremen, die von Anfang an mit viel Herzblut dabei war und auch heute noch ist.



Altersarmut betrifft viele!

Autorin: Ilona Osterkamp-Weber, Sprecherin für Gesundheitspolitik, Pflege und Senior*innen GRÜNE Bremen

Das Alter wird in Abgrenzung zur Kindheit und Jugend und zum Erwachsenenalter als dritte und vierte Lebensphase bezeichnet. Der Beginn ist meist durch den Renteneintritt gekennzeichnet, die vierte Phase ist die Hochaltrigkeit. Der Anteil alter Menschen nimmt im Zuge des demographischen Wandels immer mehr zu und wird uns in Zukunft vor große Herausforderungen stellen. Perspektivisch ist von einer weiteren Zunahme der bereits heute häufig anzutreffenden Altersarmut auszugehen. Prognosen sagen für Deutschland einen Anstieg der Grundsicherungsquote auf 11,9 % und der Armutsgefährdungsquote auf 21,6 % bis zum Jahr 2039 voraus. Altersarmut bedeutet nicht nur, im Alter zu wenig Geld zu haben. Sie bedeutet auch eine fehlende Chance für die wichtige soziale Teilhabe.

Im dritten Bericht „Lebenslagen im Land Bremen – Armutszeugnis und Reichtumsbericht des Senats der Freien Hansestadt Bremen“ werden maßgebliche Faktoren für die fehlende Teilhabe im Alter genannt. Diese maßgeblichen Faktoren, u.a. Einkommensarmut, Isolation und Einsamkeit, sowie Pflegebedürftigkeit stehen in enger Wechselwirkung und verstärken sich gegenseitig. Es ist zwingend nötig, die Vielzahl sehr individueller Einflussfaktoren zu betrachten, die zu einer Altersarmut führen können und die unterschiedlichen Gruppen, die gefährdet sind. Das sind unter anderem:

- **Gering Verdienende, Arbeitslose oder Langzeitarbeitslose.** Unterbrochene Erwerbsbiografien und niedrige Einkommen ermöglichen nur im geringen Maße den Erwerb von Rentenansprüchen. Geringes monatliches Einkommen und die fehlende Möglichkeit, Vermögen zu erwerben, verhindern es, für eine private Absicherung im Alter zu sorgen.
- **Menschen mit Migrationshintergrund.** Sie arbeiten oft im Niedriglohnssektor und haben ein erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko.

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite



Fortsetzung des Artikels „Altersarmut“

- **Frauen.** Erwerbstätigkeit von Frauen ist immer noch gekennzeichnet durch einen hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigung und Beschäftigung im Niedriglohnbereich. Besonders betroffen sind alleinstehende Frauen.
- **Menschen mit chronischen Erkrankungen.** Häufig ist zu beobachten, dass sie vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze aus dem Erwerbsleben ausscheiden.
- **Hilfe- und Pflegebedürftige.** Wenn sich im Alter der Gesundheitszustand verschlechtert, fallen oft hohe Kosten an, die durch die Leistung der Kranken- und Pflegeversicherung nur teilweise gedeckt werden.

Die beschriebenen unterschiedlichen Faktoren machen deutlich, dass zukünftige Handlungsfelder der Sozialpolitik unterschiedliche Zielgruppen im Blick haben müssen und ein besonderer Fokus auf denjenigen älteren Menschen liegen sollte, die weniger Möglichkeiten haben, ihr Leben aus eigener Kraft zu gestalten.

Hierbei können nicht alle Lösungen auf Länderebene gefunden werden. Wesentliche Rahmenbedingungen müssen auf Bundesebene geschaffen werden. Hierzu gehört die Reform der Pflegeversicherung. Wissenschaftliche Expertisen stehen uns seit längerem zur Verfügung. Nun muss die politische Umsetzung erfolgen. Der Fachkräftemangel in der Pflege, die damit einhergehende Entlohnung und die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte müssen sich dringend verändern. Die derzeitige Ausgestaltung der Pflegeversicherung muss umgekehrt werden, damit der Eigenanteil für die betroffenen pflegebedürftigen Menschen bezahlbar wird.

In kommunaler Verantwortung liegt es, Teilhabeangebote ausreichend und so zu gestalten, dass sie tatsächlich wahrgenommen werden können. Sie müssen gut erreichbar sein, preisgünstig, attraktiv, unverbindlich und offen konzipiert. In Bremen versuchen wir bei allen Angeboten, die wir schaffen, einen quartiersbezogenen Ansatz zu verfolgen. Hierbei sollen die Ressourcen eines Sozialraums genutzt werden und die Bremer Quartiere zu generationsübergreifenden und sorgenden Gemeinschaften entwickelt werden. Eine Herausforderung ist, bestehende Angebote, wie z.B. Angebote der offenen Altenhilfe, Kirchen und Wohlfahrtsverbände gut miteinander zu vernetzen und Doppelstrukturen zu vermeiden.

Mit dem Konzept der offenen Altenhilfe verfolgen wir das Ziel, durch Aktivierung, Teilhabe und Verhinderung von Isolation Pflegebedürftigkeit zu verhindern beziehungsweise hinaus zu zögern. Den Betroffenen soll die Möglichkeit geschaffen werden, trotz Pflegebedürftigkeit in der eigenen Wohnung zu bleiben. Mit unserem Modellprojekt der präventiven Hausbesuche machen wir älteren Menschen passgenaue Angebote, mit deren Unterstützung sie weiter ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben führen können.



Bild: Marina Zabawa auf Pixabay

Die GRÜNEN in Bremen bemühen sich um eine Sozial- und Gesundheitspolitik, die ärmere Menschen nicht ausschließt

Seniorenzentren, Selbsthilfegruppen, die aufsuchende Altenarbeit, Digitalambulanzen, Dienstleistungszentren, verschiedene Vereine oder Pflegestützpunkte sind einige der Angebote, die wir in Bremen haben, die konzeptionell aufeinander aufbauen und sich gegenseitig ergänzen.

Um Altersarmut perspektivisch und langfristig zu bekämpfen, braucht es ebenfalls langfristige Maßnahmen wie den Kitausbau, eine gerechte Arbeitsmarktpolitik mit fairen Löhnen oder den Ausbau von Teilzeitausbildungen. Der Bau barrierefreier Wohnungen, eine gute gesundheitliche Versorgung, Abbau bürokratischer Hürden für Zuwendungsempfänger*innen oder gezielte Beratungsangebote für ältere Menschen sind weitere Bausteine.

Menschen im hohen Alter haben kaum mehr die Möglichkeit, ihre ökonomische Situation zu verbessern. Darum braucht es eine Sozial- und Gesundheitspolitik, die mit einer guten Infrastruktur und Unterstützungsleistungen älteren Menschen dabei hilft, ihre prekäre Situation zu bewältigen. Altersarmut ist heute kein Randthema mehr, denn es betrifft viele Menschen aus unterschiedlichsten Gründen. Es ist die Aufgabe von Politik, das Thema in die Mitte der Gesellschaft zu rücken, Lösungen gemeinsam mit den Betroffenen zu finden und ihnen eine uneingeschränkte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Quellen:
Lebenslagen im Land Bremen – Armutszeugnis- und Reichtumsbericht des Senats der freien Hansestadt Bremen von 2021
Wahlprogramm von Bündnis/90 Die Grünen zur Bürgerschaftswahl 2023

Mach mit: So können altersfreundliche Städte und Gemeinden aussehen

Autorin: Christa Möller-Metzger, Senior*innenpolitische Sprecherin der Hamburgischen Bürgerschaft

„Ich lebe doch so gern“, sagt Brigitte H., 84 Jahre, weiße Haare, kurzer Pagenkopf, und strahlt. „Ich freu mich jeden Morgen auf den neuen Tag, der vor mir liegt!“ Die Beine, die wollen allerdings nicht mehr ganz so, wie sie gern möchte. Eine Bank zum Ausruhen auf dem Weg zum Bäcker wäre deshalb schön! Und neulich wäre sie fast über einen E-Roller gestürzt, der mitten auf dem Fußweg lag.

Zwischen 30 und 40 Frauen und Männer kommen zu den Age-friendly-City-Veranstaltungen, die aktuell in allen Wahlkreisen Hamburgs und auch in Bremen stattfinden. Zuerst gibt es eine kurze Einführung: Was bedeutet Age-friendly City? Und weshalb ein englischer Name?

Age-friendly Cities and Communities heißt ein Projekt der Weltgesundheitsorganisation, dem sich schon über 1400 Städte und Gemeinden überall auf der Welt angeschlossen haben. Sogar ganze Länder sind dabei, wie Kanada. Oder auch nur Bezirke oder Stadtteile. Man sieht, was andere schon gemacht haben, und lernt von deren Erfahrungen. Das Rad muss ja nicht immer wieder neu erfunden werden. So erfährt man z.B. von Freundschaftsbänken in Schottland, Gesundheits-Spaziergängen aus London oder der Netten Toilette in Bern. Und kann überlegen, was für die eigene Stadt oder Gemeinde passt.

Übersetzt wird „age-friendly“ mit altersfreundlich, nicht altersgerecht. Pflegeheime können z.B. durchaus altersgerecht, müssen aber nicht unbedingt altersfreundlich sein.

Fest steht: Der demografische Wandel ist da und wir müssen jetzt politisch handeln. Jede*r Vierte ist in Deutschland bereits über 60 Jahre alt. Aber statt nun von der überalterten Gesellschaft zu reden, vom Alterstsunami oder Rentnerschwemme, sollten wir uns eigentlich freuen. Denn wir leben heute länger und sind auch in der Regel länger fit.

Wenn wir uns für diese Entwicklung gut aufstellen, ist sie auch überhaupt kein Drama. Anstatt das Alter immer mehr zu verlängern, könnten die geschenkten Jahre der Lebensmitte zugeordnet werden. Um damit die Phase der Rushhour des Lebens zu entzerren, wenn Familie, Beruf und manchmal auch pflegebedürftige Eltern unter einen Hut gebracht werden wollen.

Mit der richtigen Weichenstellung müssen wir jetzt anfangen. Und das WHO-Projekt ist der perfekte Weg dafür. Wir machen Städte und Gemeinden altersfreundlich, damit ältere Menschen



Gemeinsam, statt einsam!

ein selbstständiges Leben führen und in der eigenen Wohnung bleiben können – was die meisten auch wollen. Am Ende ist das sogar günstiger, als teure neue Pflegeheime zu bauen.

Voraussetzung dafür ist, nicht länger von den Defiziten älterer Menschen auszugehen, also zu schauen, was alles nicht mehr geht, sondern sich die Potentiale, die Fähigkeiten der Älteren anzusehen. Teilhabe ist das Zauberwort, wie kann ich die erhalten? Die äußeren Bedingungen müssen stimmen, damit man sich im Alter weiterhin überall bewegen kann.

In den Workshops wird deshalb nach der Einführung gefragt: Was wünschen Sie sich in Ihrem Umfeld? Was sollte sich ändern, was muss verbessert werden? Alle Besucher*innen entscheiden sich für eins von vier Schwerpunktthemen:

- Mobilität: Wie wollen wir unterwegs sein?
- Wohnen im Quartier: Wie wollen wir leben?
- Gesundheit: Was ist für unsere Versorgung wichtig?
- Begegnungsorte: Gemeinsam statt einsam?

→
Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite

In Gruppen werden die Themen diskutiert, Antworten und Vorschläge aufgeschrieben und am Ende vorgetragen. Alle hören aufmerksam zu, wenn die Gruppen vortragen. In den äußeren Bezirken der Stadt ist z.B. Mobilität entscheidend. Rufbusse sind sehr wichtig, damit man gut nach Hause kommt, wenn es schon dunkel ist oder man nicht mehr so gut zu Fuß ist. Und endlich nicht mehr aufs Auto angewiesen ist.

In der Innenstadt spielt Beleuchtung eine wichtige Rolle und viele ärgern sich über Stolperfallen und zu schnelle Radfahrende. Treffpunkte, an denen nichts gekauft werden muss, sind gefragt und Bewegungsangebote im Freien, die nichts kosten. Große Sorgen machen die hohen Wohnkosten und viele wünschen sich gemeinsames Wohnen mit anderen Generationen. Würden auch gern Familien bei der Kinderbetreuung unterstützen.

Spitzenreiter bei allen Veranstaltungen ist der Wunsch nach mehr Toiletten!

Mit dem Projekt der Netten Toilette hätte man zum Beispiel auf einen Schlag ganz viele Toiletten im Ort, wenn Gaststuben, Bars und Cafés ihre Toiletten für einen Beitrag zur Reinigung, den die Stadt oder die Gemeinde übernimmt, öffnen. Wie es z.B. in Bern und Bremen und auch vielen anderen Städten in Deutschland bereits geschehen ist.



Freundschaftsbänke bringen Menschen zusammen. Auch wenn sie nicht bunt angemalt sind. Und natürlich haben altersfreundliche Bänke auch Armlehnen.

Brigitte H. ist ganz begeistert von der Idee der altersfreundlichen Freundschaftsbänke. Sie haben Seiten- und Rückenlehnen und laden zum Gespräch ein. Damit man sie gleich erkennt, sind sie bunt angemalt und tragen eine kleine Vignette mit dem Namen Freundschaftsbank.

Während Corona hat sie sich oft sehr einsam gefühlt – und so wie vor Corona ist es auch heute noch nicht. Auf so eine Bank würde sie sich sehr gern setzen, um zu reden und nette Gesellschaft zu haben.

Mach mit!

Übrigens: Jede*r Bürgermeister*in eines Landkreises, eines Bezirks, einer Stadt kann sich bei dem WHO-Projekt „Altersfreundliche Städte und Gemeinden“ bewerben. Man muss keine Eingangsvoraussetzungen haben, sondern nur den Willen, einen Fortschritt in Sachen Altersfreundlichkeit zu erzielen. Die Inhalte bestimmt jeder Ort selbst. Egal, ob es Bänke, Begegnungsorte, mehr ambulante Pflegedienste sind, der Einsatz einer Community Health Nurse, einer Gemeindegeschwister Plus oder ein neues Wohnprojekt.

Es gibt keine Mitgliedsbeiträge, man muss nur die eigenen Fortschritte in eine Datenbank hochladen. Und hat über die Datenbank Einblick in die Fortschritte und Erfahrungen altersfreundlicher Entwicklungen auf der ganzen Welt.

Mehr Information:

Hamburg: christa.moeller@gruene-fraktion-hamburg.de

Bremen: ilona.Osterkamp-Weber@gruene-bremen.de

und dirk.schmidtman@gruenealte.de



Christa Möller-Metzger und Ilona Osterkamp-Weber

Klimafreundliche Mobilität für Ältere auch im ländlichen Raum möglich machen

Autor*innen:

Evelyn Thies, delegiertes Mitglied im GRÜNEN Diversitätsrat

Malte Matzen, Pressesprecher BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein

Gerade für ältere Menschen ist Mobilität eine Grundvoraussetzung für eine selbstständige Lebensführung und für soziale Teilhabe. Leider ist heute das häufigste Verkehrsmittel auch bei Senior*innen das Verbrenner-Auto, insbesondere auf dem Land. Und leicht ist es nicht, hier Veränderungen herbeizuführen! Eine echte Verkehrswende kann auf dem Land auch nicht allein auf das E-Auto setzen, da dieses Verkehrsmittel trotz abgasfreiem Antrieb Umwelt und Gesundheit dennoch belastet: großer Flächenbedarf für Straßen, Reifenabrieb, Brandgefahr der Batterien, Unfälle, Beeinträchtigung schwächerer Verkehrsteilnehmer*innen. Echte Alternativen sind noch zu selten vorhanden und sollten endlich priorisiert werden!

Mit steigender Lebenserwartung und wachsendem Anteil von über 60-Jährigen in unserer Bevölkerung ist es eine Herausforderung, Mobilität im Alter zu ermöglichen und die Infrastruktur entsprechend zu gestalten. Viele Menschen wohnen in Deutschland in kleineren Gemeinden, oft ohne Einkaufsmöglichkeiten, ärztliche Versorgung oder Apotheke im Nahbereich. Wie können die nötigen Wege ohne eigenes Auto bewältigt werden?

Mehr Busse und Bahnen sowie eine Stärkung des (Elektro-)Fahrradverkehrs sind auch im ländlichen Raum machbar, allerdings sind individuelle Lösungen vor Ort gefragt und es müssen hierfür auch finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Ein Umzug in die Stadt ist für viele Ältere nicht möglich und auch gesellschaftlich nicht wünschenswert, vielmehr sollte der ländliche Raum als Wohnstandort attraktiv bleiben. Durch den demographischen Wandel und aus klimapolitischen Gründen wird es immer dringender, neue Mobilitätslösungen zu finden, um die Chancen zu nutzen, die ein ländliches Umfeld gerade auch für Ältere bietet: mehr Natur, überschaubare soziale Bezüge, weniger Umweltbelastungen, mehr Lebensqualität.

Eine echte Verkehrswende kann nicht allein auf das E-Auto setzen, sie zielt darauf ab, motorisierten Individualverkehr zu minimieren, Fahrrad- und Fußverkehr zu stärken. Diese müssen altengerecht gestaltet sein. Eine moderne Verkehrspolitik soll zudem die ältere Generation darin unterstützen, Bus und Bahn bequem nutzen zu können. Bei allen Planungen ist Barrierefreiheit ein Muss. Hierbei ist es notwendig, vor Ort gemeinsam mit den dort lebenden Menschen die beste Lösung zu finden. Die örtlichen Bedingungen sind also zu berücksichtigen: Eine gewachsene Kleinstadt mit guter Infrastruktur hat andere Voraussetzungen als das „flache Land“, in

dem kilometerweit kein Geschäft und keine Arztpraxis vorhanden sind. Ein Ort hat zufällig eine gute Anbindung an den öffentlichen Verkehr, ein anderer am Wochenende nicht einmal eine Busverbindung. Die Grundbedürfnisse, nämlich Einkaufen, medizinische Versorgung, soziale Teilhabe, sollten auch für Ältere umweltgerecht befriedigt werden können. Es gilt, nicht nur Berufspendler*innen, sondern auch allen anderen gesellschaftlichen Gruppen Mobilitätsangebote zu machen.

Was den Radverkehr angeht: Die Zahl der Unfälle mit Fahrrädern und E-Bikes hat gerade bei Älteren besorgniserregend zugenommen. Es ist daher im Interesse schwächerer Verkehrsteilnehmer*innen wichtig, Rad- und Autoverkehr konsequenter zu trennen. Auch für Fußgänger*innen kann vieles verbessert werden, wenn die Prioritäten richtig gesetzt sind und nicht alles auf den Autoverkehr ausgerichtet wird.



Eine Bushaltestelle ist nur dann etwas wert, wenn auch ein Bus fährt...

→
Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite



Älteren Menschen kann das Leben auf dem Land durch folgende Maßnahmen erleichtert werden:

Im **Fußverkehr:**

- Breite Gehwege, gerade auch in Dörfern mit Durchfahrtsstraßen
- Strenge Geschwindigkeitsbegrenzungen für den Autoverkehr (Tempo 30 innerorts)
- Fußgängerfreundliche verkehrsberuhigte oder autofreie Dorfzentren

Im **Radverkehr:**

- Verbreiterung der Radwege auf 2,5 Meter
- Sichere Trennung von Fußwegen und Autostraßen
- Radwege auch entlang von Landes- und Bundesstraßen

Im **öffentlichen Verkehr:**

- Regelmäßige, zeitlich getaktete Busangebote
- Verlässliche Rufbusse (Taxis oder Kleinbusse) in verkehrsarmen Zeiten
- Gute Busanbindung zum nächsten Verkehrsknotenpunkt (Bahnhof, Busbahnhof), alternativ kostenlose Parkplätze am nächstgelegenen Bahnhof zur Weiterfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln
- Günstige Seniorentarife, nicht ausschließlich digital erhältlich, einfache Tarifgestaltung
- Barrierefreiheit beim Einsteigen in Bus/Zug, barrierefreie (auch kleine) Bahnhöfe und Haltestellen
- Umsteigen und Wartezeiten erleichtern: Überdachte Sitzgelegenheiten, elektronische Verkehrsanzeigen
- Barrierefreie Toiletten auch an kleineren Haltepunkten
- Partielle Nutzung des Autos ermöglichen (nicht die ganze Strecke, sondern nur Teilstrecke!) und einen einfachen Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel anbieten (Park and Ride)
- Einsatz von „Bürgerbussen“ auf ehrenamtlicher Basis als zusätzliches Angebot

Die Kreise Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde (beide Schleswig-Holstein) waren Vorreiter bei den sogenannten „Mitfahrbänken“. Alle, die mitgenommen werden möchten, können an den zentral in ländlichen Orten platzierten Bänken signalisieren, wohin sie möchten, und Vorbeifahrende können diese Personen als Anhalter in die gewünschten Ortschaften mitnehmen.

GRÜNE Mobilitätsziele für die Kommunalwahl am 14. Mai in Schleswig-Holstein

Gerade in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein, in dem viele auf das Auto angewiesen sind und immer noch Ortschaften nur mit dem Schulbus und in den Ferien eigentlich gar nicht mit dem ÖPNV zu erreichen sind, ist die Mobilitätswende eine anspruchsvolle Sache. Für die bessere Verzahnung verschiedener Verkehrsmittel wollen die schleswig-holsteinischen GRÜNEN Mobilitätsknotenpunkte fördern, den Ausbau von On-Demand-Verkehren, Ruftaxisystemen und Carsharing-Initiativen vor Ort stärken.

Wir GRÜNE wollen die Einrichtung von mehr Fahrradstraßen, den Ausbau von Fahrradwegen sowie gute Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Wir setzen uns zudem für eine gute E-Mobilitäts-Struktur ein und werden dort, wo es ein solches noch nicht gibt, das Jobticket für Beschäftigte kommunaler Betriebe einführen und das 49 Euro Ticket vor Ort durch Sozialtarife für Schüler*innen und Senior*innen ergänzen.

Ziel ist es, heute die Verkehrswende voranzubringen, um morgen schnell, sauber, sicher, zuverlässig und bequem überall in Schleswig-Holstein unterwegs sein zu können – ob mit barrierefreien Bussen und Bahnen, per Rad und zu Fuß, mit Car-Sharing oder E-Mobilität.



Bild: Nightflyer, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons.

Eine Mitfahrbank im schleswig-holsteinischen Nutteln (Kreis Steinburg)

Leben in der Stadt und auf dem Land – Für ein besseres Morgen in Schleswig-Holstein

Autor: Malte Matzen, Pressesprecher BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein

Eine gute Daseinsvorsorge und Infrastruktur für Senior*innen ist insbesondere in Flächenländern wie Schleswig-Holstein eine große Herausforderung. Dort müssen Lösungen gefunden werden, die ein gutes Leben für ältere Menschen in großen wie kleinen Städten, aber auch in Dörfern auf dem Land ermöglichen. Viele Entscheidungen, die dafür sorgen, werden nicht in Berlin getroffen, sondern in den Gemeindevertretungen, Ratsversammlungen und Kreistagen vor Ort. Wer auch im Alter noch gut versorgt sein möchte, sollte daher der kommenden Kommunalwahl am 14. Mai in Schleswig-Holstein besondere Aufmerksamkeit schenken. In den Kommunen kann dabei jede Stimme den Unterschied in der örtlichen Politik und somit für ein gutes Leben bis in hohe Alter machen!

Wir GRÜNE haben die Bedürfnisse der älteren Schleswig-Holsteiner*innen im Blick und möchten eine gute Kommunalpolitik für alle Senior*innen machen, egal, ob in Kiel, Neumünster, Nordfriesland oder im Herzogtum Lauenburg.

Gute Busverbindungen, Läden im Ortskern statt auf der grünen Wiese: Das ist nicht nur gut für Klima und Natur – das macht auch das Leben leichter, wenn man nicht (mehr) Auto fahren kann oder will. Wir GRÜNE wollen heute die Verkehrswende voranbringen um morgen schnell, sauber, sicher, zuverlässig und bequem überall in Schleswig-Holstein unterwegs zu sein – ob mit Bus und Bahn, Rad und zu Fuß, mit Car-Sharing oder E-Mobilität. Für alle, die nicht mehr selbstständig mit Fahrrad oder Auto mobil sein können oder wollen, soll es gute Mobilitätsangebote durch barrierefreie Bus- und Bahnverbindungen sowie Ruf-Taxi-Dienste geben. Für das kommende 49 Euro Ticket wollen wir GRÜNE zusätzlich sozialgerechte Ermäßigungen für Schüler*innen und Senior*innen umsetzen. Für die kurzen Wege sollen Fußwege gut begehbar und sicher gestaltet werden.

In den Kommunen vor Ort erleben wir Gemeinschaft, hier leben wir mit unseren Nachbar*innen. Hier halten wir zusammen. Dafür wollen wir GRÜNE in das soziale Netz investieren, damit wir alle auch künftig gerecht zusammenleben können. Es fehlen Wohnungen an vielen Orten, darum setzen wir GRÜNE uns für mehr sozialen Wohnungsbau ein. Dafür wollen wir brachliegende Flächen von Bund, Land und Kommunen nutzen, für die Ausweisung von Sozialem Wohnraum bei neuen Bauprojekten sorgen und mehr in kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften investieren. So schaffen wir die Grundlage, dass wir auch morgen gut



miteinander in Nachbarschaft leben können – zu bezahlbaren Mieten, barrierefrei, klimaschonend, generationsübergreifend.

Neben Mobilität und Wohnen ist eine gute und barrierefreie Gesundheitsversorgung gerade im Alter wichtig. Zusammen mit dem Land werden wir GRÜNE uns in den schleswig-holsteinischen Kommunen dafür einsetzen, dass Krankenhausversorgung und ambulante Versorgung zusammengedacht werden, auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels. Versorgungszentren, digitale Angebote, psychologische und psychiatrische Angebote ohne lange Wartezeiten und Transporthilfen für immobile Menschen im ländlichen Raum sind uns wichtig. Einsamkeit – vor allem im Alter – wollen wir in den Blick nehmen und dafür sorgen, dass die, die sich kümmern wollen, und die, die Hilfe brauchen, vor Ort zusammenfinden.

Diese Richtung eint uns schleswig-holsteinische GRÜNE alle. Vor Ort kümmern wir uns um die jeweiligen maßgeschneiderten Antworten. Städte oder ländlicher Raum, Binnenland, Nord- oder Ostseeküste, Dänisches Grenzgebiet oder Hamburger Rand – unser Land ist so vielfältig wie die Menschen, die hier leben. Und so sind es auch die Antworten, die wir in den Programmen für unsere Kreise, Orte und Gemeinden erarbeitet, festgelegt und beschlossen haben. Dazu informieren gerne unsere Kommunalos aus den Kreis- und Ortsverbänden an den Wahlkampfständen und auf ihren Internetseiten. Wir alle haben es in der Hand, wie unser Morgen aussehen soll. Beginnen wir damit direkt vor unserer Haustür: am 14. Mai oder schon vorher per Briefwahl.

Langzeitpflege – eine ungelöste Zukunftsaufgabe!?

Autorin: Antonia Schwarz, Sprecherin LAG Gesundheit, und Pflege, Berlin

Vier von fünf Pflegebedürftigen werden von Angehörigen, Freund*innen oder Nachbar*innen versorgt. Damit betrifft die Pflege nicht nur die Pflegebedürftigen selbst, sondern viele Familien, auch solche Angehörige, die noch erwerbstätig sind. Bis zum Jahr 2030 wird von 6 Mio. Pflegebedürftigen deutschlandweit ausgegangen. Der Themenreport Pflege 2030 der Bertelsmann Stiftung prognostiziert, dass 2030 rund 500.000 Pflegekräfte fehlen werden, um die notwendige Versorgung zu gewährleisten. Dort, wo bereits ein Pflegeverhältnis besteht, sehen sich viele

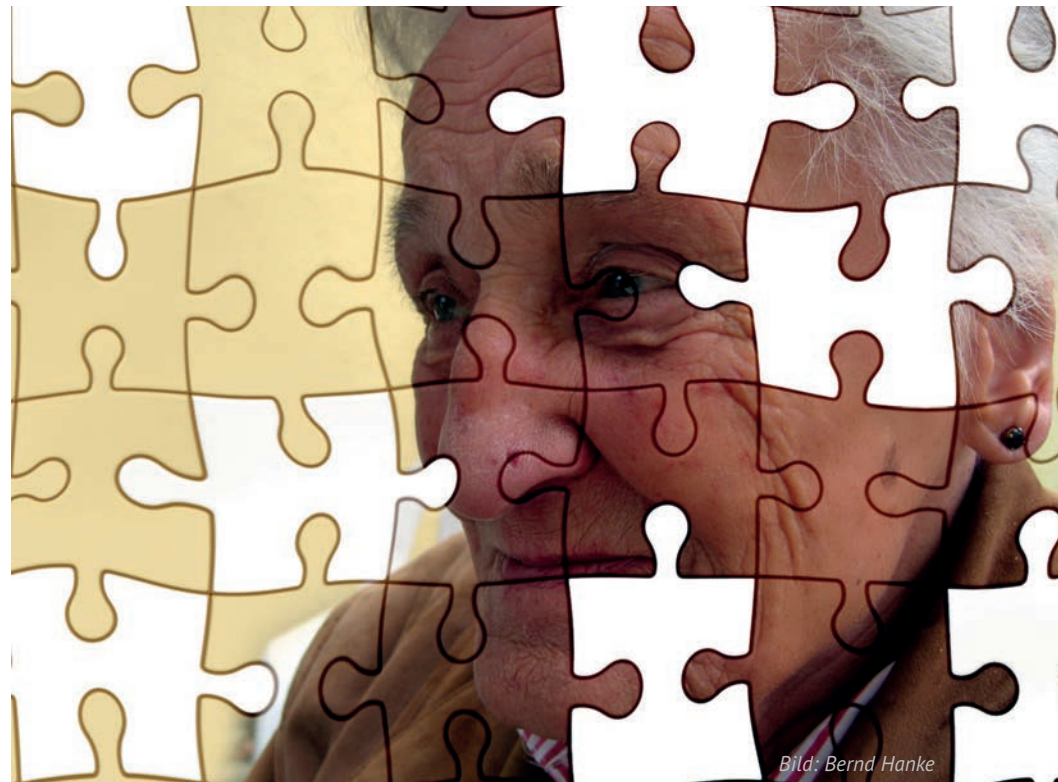


Bild: Bernd Hanke

Pflege in Deutschland: Ein Puzzle aus oft nicht zueinander passenden Teilen. Leidtragende sind die Pflegebedürftigen

Pflegebedürftige und deren Angehörige genötigt, den Anteil der professionellen Pflege zu reduzieren, weil seit September alle Pflegeanbieter nach dem örtlichen Tarif bezahlt werden müssen, ohne dass das Pflegegeld und die Sachleistungen der Pflegeversicherung gleichermaßen angehoben wurden. Höhere Eigenanteile können sich aber gerade einkommensarme Pflegebedürftige nicht leisten.

Der Personalmangel in der Langzeitpflege ist bereits heute schon so ausgeprägt, dass viele Angehörige keine Wahlmöglichkeiten haben, ob sie die Pflege überwiegend selbst durchführen oder sich die Arbeit mit einem professionellen Pflegedienst teilen. Die Tätigkeit in der ambulanten oder der stationären Langzeitpflege gilt unter Pflegekräften als unattraktiv. In der ambulanten Pflege tragen die Pflegefachkräfte dazu noch eine hohe Verantwortung, weil sie oft die Einzigen sind, die in den Haushalt kommen. Bei Verschlechterung des Gesundheitszustands müssen sie entscheiden, ob sie eine Krankenhauseinweisung veranlassen, und dies mit dem/der Pflegebedürftigen aushandeln.

Innovative zukunftsfähige Lösungen sind jetzt gefragt

Vor der Bundestagswahl haben wir GRÜNE eine Begrenzung des Eigenanteils in der Pflege gefordert. Die Sozialdemokraten mahnten „eine Vollversicherung“ an, die alle pflegerischen Bedarfe und Pflegeleistungen abdecken soll. Die Ziele im Koalitionsvertrag der Ampel fielen 2021 deutlich bescheidener aus: Versicherungsfremde Leistungen, wie z.B. Rentenanwartschaften für pflegende Angehörige, sollten nicht mehr aus Beitrags-, sondern aus Steuermitteln finanziert werden. Im Bereich der Heimpflege sollten Leistungen der Behandlungspflege zukünftig aus Mitteln der Krankenkassen finanziert werden. Diese Maßnahmen haben die Funktion, das finanzielle Volumen der Pflegeversicherung auf Pflegeleistungen konzentrieren zu können.

Das Pflegezeitgesetz sollte pflegenden Angehörigen und Nahestehenden eine bezahlte Auszeit ermöglichen, indem, wie beim Elterngeld, Lohnersatzleistungen finanziert werden. Nach dem aktuellen Stand des Gesetzentwurfs wird das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, eine Lohnersatzleistung für pflegebedingte Auszeiten einzuführen, nicht erfüllt. Eine rechtssichere Gestaltung der 24-Stunden-Pflege ist ebenfalls nicht vorgesehen.

Zwei weitere im Koalitionsvertrag verankerte Punkte, „innovative und quartiersnahe Wohnformen sollten ermöglicht, die Kommunen sollten verbindliche Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der Versorgung vor Ort erhalten“ (Koalitionsvertrag, Seiten 80-81), werden wohl noch eine Weile auf ihre Verwirklichung warten müssen. Unberücksichtigt bleibt auch die im Koalitionsvertrag ebenfalls vereinbarte Ergänzung des Leistungsrechts um innovative Wohnformen; Pflegesettings in ambulant betreuten Wohngemeinschaften fehlen somit gänzlich. Wünschenswert wäre auch eine verbindliche Gestaltungs- und Steuerungsverantwortung der Kommunen für Altenhilfe und Pflege.

→
Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite



Die zunehmende Alterung der Gesellschaft macht aus GRÜNER Sicht innovative und nachhaltige Lösungen erforderlich. Die ambulante häusliche Pflege muss als Fundament der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung im Zentrum weiterer Reformen stehen. Dazu forderte die Bevollmächtigte der Bundesregierung für Pflege Claudia Moll in einem im September 2022 veröffentlichten Positionspapier „einen Dreiklang aus der Stärkung der häuslichen und professionellen Pflege sowie dem Ausbau der ehrenamtlichen Unterstützung“. Die Initiative „Pro Pflegereform“ hat unter Federführung von Prof. Rothgang eine Reihe von Vorschlägen für zukunftsfähige Ausgestaltung des Pflegeversicherungsrechts entwickelt.

Die kommunale Handlungsebene muss gestärkt werden, indem Städte und Gemeinden aufgefordert werden, eine teilhabeorientierte Infrastruktur für Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, zu entwickeln. Die Chance auf Teilhabe in verschiedenen Lebensbereichen hängt wesentlich von der Entwicklung der Sorgeskultur vor Ort ab. Dazu müssen die Städte und Gemeinden auch finanziell in die Lage versetzt werden, eine Sorgeinfrastruktur kommunal entwickeln zu können.

Zukunftsfähige Weiterentwicklung der Pflege oder weiterhin Stopfen von Finanzlöchern?

Die bisher bekannt gewordenen Informationen zu einer Novellierung des Pflegeversicherungsrechts bleiben weit hinter nachhaltigen Lösungen zurück. Der Referentenentwurf zum Pflegeunterstützung- und Entlastungsgesetz ist auf Maßnahmen zur kurzfristigen Rettung der Finanzen der Pflegeversicherung konzentriert. Entgegen der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages wird die Pflegeversicherung nicht finanziell entlastet, indem versicherungsfremde Leistungen wie die Kosten der Pandemie oder Rentenbeiträge für pflegende Angehörige aus Steuermitteln finanziert werden.

Nach Berechnungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege fehlen damit 8,7 Mrd. Euro aus Bundesmitteln, die für eine durchgreifende Reform der Pflegeversicherung verwendet werden könnten. Es fehlen Mut und Wille, den Renditeerwartungen von Investoren gesetzliche Schranken zu setzen, um Fehlentwicklungen entgegenzuwirken, die zu Lasten der Beitragszahler*innen und Versicherten gehen. Eine Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen hierzu kritisierte die erneute Vertagung einer Gesamtreform der Pflegeversicherung.

Durch die Verweigerung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Finanzmittel fehlt das Geld für eine Pflegereform, die diesen Namen verdient. Bereits 2023 steigt das erwartete Defizit der Pflegeversicherung auf 4,5 Mrd. Euro. Daher verwundert es nicht, dass zunächst eine Erhöhung der Beiträge zum 1. Juli 2023 um 0,35 Prozentpunkte geplant ist. Der Beitragssatz für Kinderlose

soll weiter angehoben werden: um 0,25 auf 0,6 Beitragssatzpunkte. Daraus entstehen jährliche Mehreinnahmen von 6,6 Milliarden Euro. Zukünftig soll die Bundesregierung per Rechtsverordnung befugt werden, Beiträge zu erhöhen, ohne Beteiligung des parlamentarischen Gesetzgebers.

Dringend erforderliche Leistungsverbesserungen in der häuslichen und stationären Pflege erfolgen zum 01.01.2024 sehr spät und fallen mit 5 Prozent zu gering aus, um wenigstens die Inflationsrate auszugleichen. Darüber hinaus werden nur das Pflegegeld, die Pflegeschleistungen und die prozentualen Zuschüsse zu den Eigenanteilen in der stationären Pflege zum 01.01.2024 angehoben und nicht alle Leistungen der Pflegeversicherung. In den Jahren 2025 und 2028 ist jeweils eine Dynamisierung der Leistungen orientiert an der Kerninflationsrate vorgesehen.

In einem Gastbeitrag für die Frankfurter Rundschau schlagen die GRÜNEN Bundestagsabgeordneten Maria Klein-Schmeink und Kordula Schulz-Asche ergänzend eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze sowie einen Ausgleich der Kosten zwischen der privaten und der sozialen Pflegeversicherung vor, um die Finanzspielräume der Pflegeversicherung zu erhöhen.

Als Entwicklungsperspektive für die Pflege und Gesundheitsberufe setzen sie sich für die Etablierung von Community Health Nurses und den Einsatz von Gemeindeschwestern ein. Aus ihrer Sicht kann nur durch Zuwanderung der Fachkräftemangel in den kommenden Jahren behoben werden. Für eine nachhaltige Lösung bedarf es dann allerdings eines Einwanderungsgesetzes, mit dem Deutschland für Fachkräfte attraktiv wird.

Mehr info unter: pro-pflegereform.de / alterdiskriminierung.de / bagfw.de



Bild: Franz P. Sauerteig auf Pixabay



GRÜNE ALTE

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Tel. 030 28442-0

Fax 030 28442-210

www.gruenealte.de